



Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

10 Fragen • 10 Antworten

SAV Sozialistische
Alternative



Eine Broschüre von Sozialistische Alternative (SAV, Deutschland) und
Sozialistische Linkspartei (SLP, Österreich)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--------------------------------------|----------|
| Einleitung | Seite 3 |
| Frage 1 • Zu gierig? | Seite 5 |
| Frage 2 • Zu faul? | Seite 10 |
| Frage 3 • Von Natur aus gewalttätig? | Seite 14 |
| Frage 4 • ArbeiterInnenklasse? | Seite 17 |
| Frage 5 • Reformen reichen doch? | Seite 21 |
| Frage 6 • Wollt ihr den Ostblock? | Seite 24 |
| Frage 7 • Demokratie? | Seite 29 |
| Frage 8 • Keine Individualität? | Seite 31 |
| Frage 9 • Rassismus & Sexismus? | Seite 35 |
| Frage 10 • Geringster Widerstand? | Seite 38 |
| Die Sozialistische LinksPartei? | Seite 42 |
| Kontakt zur SLP | Seite 43 |

Eine Broschüre von Sozialistische Alternative (SAV, Deutschland) und Sozialistische LinksPartei (SLP, Österreich)

Impressum: MEHV: SLP, Kaiserstr.14/11, 1070 Wien, Eigenvervielfältigung

Einleitung

"Der Sozialismus ist eine schöne Idee - aber er funktioniert nicht."

Ein häufiges Argument in Debatten über Alternativen zum Kapitalismus. In der globalen Protestbewegung wird jene Frage nach Alternativen immer häufiger diskutiert. Die Vorschläge reichen von der "Tobin Tax" bis zum Sozialismus. Aber was ist Sozialismus überhaupt? Waren die Staaten in Osteuropa sozialistisch? Sind die Menschen nicht viel zu gierig, dumm und egoistisch, als dass Sozialismus jemals funktionieren könnte? Angesichts von Massendemonstrationen gegen den globalen Kapitalismus in Seattle, Prag, Göteborg, Genua, Nizza, Sevilla und angesichts von Generalstreiks in Argentinien, Italien, Spanien, Griechenland bekommen diese Fragen eine neue Bedeutung.

Die Fragestellung kommt aus zwei unterschiedlichen Richtungen. Einerseits ist sie seit jeher ein Propagandamittel der Bürgerlichen. Sie versuchen uns zu beweisen, dass der Kapitalismus die einzige funktionierende, dem menschlichen Naturell entsprechende Gesellschaftsordnung sei. Auch in der Vergangenheit haben die Herrschenden - Sklavenhalter, Kirchenfürsten, Könige und Kaiser - so argumentiert, um ihre Macht zu erhalten. Andererseits werden diese Fragen heute von ArbeiterInnen und Jugendlichen gestellt, die beginnen, sich mit sozialistischen Ideen auseinander zu setzen. Dass diese Fragen am Anfang einer Welle von Bewegungen aufkommen, ist kein Zufall: Sie spiegeln die mangelnde praktische Erfahrung mit Klassenkämpfen und Bewegungen wider.

Die 80er und insbesondere die 90er Jahre mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und der Propagandaoffensive des Kapitals ("Neue Weltordnung") hat dem Bewusstsein von ArbeiterInnen und Jugendlichen einen Stempel aufgedrückt. Der Kapitalismus war ideologisch in der Offensive. Viele Menschen waren entmutigt und viele Organisationen und Parteien, die sich an der Sowjetunion orientiert hatten, sind zusammengebrochen. Die meisten traditionellen ArbeiterInnenparteien sind zu Vorreitern des Neoliberalismus geworden, haben ihre aktive Massenbasis unter ArbeiterInnen verloren und sind zu durch und durch kapitalistischen Parteien geworden. Die Gewerkschaftsführungen haben ebenfalls einen unvergleichlichen Rechtsruck durchgemacht und betreiben Co-Management statt Interessensvertretung. Die ArbeiterInnenklasse wurde politisch entwaffnet und es wurde immer schwerer, Kämpfe gegen die Blockade der Gewerkschaftsführungen durchzusetzen.

Die Versprechen von einer Welt ohne Kriege und mit Wohlstand für alle haben dazu geführt, dass es große Illusionen in die Fähigkeiten des Kapitalismus gab. Die Folge war, dass für eine gewisse Zeit die neoliberale Ideologie hingenommen wurde und sich sogar Illusionen darin verbreiten konnten. Auch wenn kein Jahr ohne Arbeitskämpfe verging, so sind diese insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre deutlich zurück gegangen. Die ArbeiterInnenklasse ist zwar potenziell stark und kampffähig, aber Kampftraditionen sind teilweise verloren gegangen und es fehlen einem großen Teil der ArbeiterInnenklasse und der Jugendlichen die eigenen Erfahrungen mit Aktionen der Klasse, sie konnten Solidarität und Kampfbereitschaft nicht in der Praxis miterleben. Auch in dieser fehlenden Erfahrung wurzeln die Fragen nach der Möglichkeit des Sozialismus. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre nehmen Demonstrationen und Streiks wieder zu, Erfahrungen werden neu gemacht und Fragen neu aufgeworfen.

Wir beantworten auf den kommenden Seiten die 10 häufigsten Argumente gegen den Sozialismus und laden Dich dazu ein, mit uns gemeinsam für Sozialismus zu kämpfen. Dass der Kapitalismus nicht funktioniert, beweist er jeden Tag. Er bringt Hunger, Elend, Krieg, Seuchen und Tod. Das sind keine Ausnahmen und keine Fehlentwicklungen. Das ist der ganz normale Wahnsinn des Kapitalismus. Wir zeigen auf, dass nicht der Mensch zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus zu schlecht für den Menschen ist.

Der vorliegende Text basiert auf Artikeln, Referaten und Texten von Mitgliedern des "Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale" (CWI/KAI) aus Deutschland und Österreich sowie von Friedrich Engels, Albert Einstein, Karl Marx, Leo Trotzki und Oscar Wilde.

Frage 1 • Zu gierig?

"Der Mensch ist zu gierig und zu korrupt. Menschen werden sich immer, wenn sie die Möglichkeit haben, auf Kosten der Allgemeinheit bereichern."

Der Mensch kann auf sich alleine gestellt nicht überleben. Er ist ein soziales Wesen. Dabei hat er unterschiedliche Anlagen, Triebe, etc... Er/sie kann sowohl seine/ihre Bedürfnisse auf Kosten anderer durchsetzen als auch solidarisch und hilfreich sein. Es kommt auf das gesellschaftliche Umfeld an, welche Eigenschaften gefördert und welche unterdrückt werden. Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, die auf Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine verschwindend kleine Minderheit basiert, mit dem Zweck der größtmöglichen Profitmaximierung für die Minderheit. Ein Gesellschaftssystem, indem eine Minderheit über die Mehrheit herrscht, braucht ein ideologisches Gerüst und verschiedene Herrschaftsmechanismen, um die undemokratische Herrschaftsform im Interesse der Minderheit zu sichern. Das wichtigste Mittel dabei ist, die Mehrheit in verschiedene Gruppen aufzuteilen und gegeneinander auszuspielen. Nach der Maxime "Teile und Herrsche" ist die herrschende Klasse im Kapitalismus bemüht, Interessensgegensätze zwischen Männern und Frauen, alt und jung, In- und AusländerInnen, ArbeiterInnen und Angestellten etc. aufzubauen, damit sich diese die Schuld an der sozialen Misere gegenseitig in die Schuhe schieben und die Minderheit ungestört weiter herrschen kann.

Bei uns wird gepredigt "Nur die Stärksten kommen durch". Das Konkurrenzdenken und nur auf Druck etwas zu leisten und ja nicht selbstständig zu denken, wird uns von Kindesbeinen eingetrichtert. Die SchülerInnen werden durch das Notensystem zur Konkurrenz gezwungen. In der Familie werden Hierarchien, die es in der Gesellschaft gibt, weitergegeben. Menschen werden über unterschiedliche Entlohnung ihrer Arbeit unterschiedlich bewertet und über die Medien wird uns erzählt, dass nur wer viel hat, etwas wert ist. Dadurch entstehen Neidgefühle, die die ArbeiterInnenklasse spalten. Solidarität wird, wo möglich, verhindert oder sogar bestraft. Das geschieht im Kleinen (z.B. wird das Abschreiben lassen, eigentlich ein Akt der Solidarität, bestraft) wie auch im Großen (z.B. das Verbot von Solidaritätsstreiks).

1949 schrieb Albert Einstein zu dieser Frage: "Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer großen Verschwendung von Arbeit und zu

der Verkrüppelung des sozialen Bewußtseins der Individuen, die ich vorher angesprochen hatte. Diese Verkrüppelung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus.

Unser ganzes Erziehungssystem leidet unter diesem Übel. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzdenken eingebleut, der darauf trainiert wird, Gewinnsucht und Erfolg als eine Vorbereitung für seine zukünftige Karriere zu verehren. Ich bin überzeugt, daß es nur einen Weg gibt, diese schwerwiegenden Übel zu überwinden, nämlich durch die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft, begleitet von einem Erziehungssystem, das auf soziale Ziele orientiert wäre. In einer solchen Wirtschaft werden die Produktionsmittel von der Gesellschaft selbst besessen und in einer geplanten Weise eingesetzt.

Eine geplante Wirtschaft, die die Produktion den Bedürfnissen der Gemeinschaft anpaßt, würde die zu erledigende Arbeit auf alle verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind den Lebensunterhalt garantieren. Die Erziehung jedes Individuums würde über die Förderung seiner angeborenen Fähigkeiten hinausgehend versuchen, in ihm statt einer Glorifizierung von Macht und Erfolg in unserer jetzigen Gesellschaft ein Verantwortlichkeitsgefühl für seinen Mitmenschen zu entwickeln."

Das heutige Wirtschaftssystem braucht Leute mit Konkurrenzdenken. Die Produktion im Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz zwischen den Unternehmen. Auf dem Weltmarkt gibt es einen harten Kampf um Marktanteile, der sich während einer Wirtschaftskrise noch verschärft. Diese Produktionsweise braucht Menschen, die "ihr Land", "ihren Betrieb" gegen andere vertreten. "Jeder gegen jeden" ist das Motto. Die durch das wirtschaftliche System geschaffene Wirklichkeit spiegelt sich in den Köpfen der Menschen wider, wirkt sich im Verhalten in der Arbeit und in privaten Beziehungen aus.

Ist es da ein Wunder, dass es in unserer Gesellschaft so viele Sozialkrüppel gibt? Oder ist es nicht eher verwunderlich, dass trotzdem die Menschen in vielen Bereichen sozial handeln: z.B. arbeiten Millionen unbezahlt in verschiedensten Vereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, trennen Millionen ihren Müll, spenden Unsummen für diverse Hilfsaktionen... In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung gibt es eine Vielzahl von Beispielen für das kollektive Agieren und die Solidarität

der Klasse. Sei es im Kleinen, wenn KollegInnen untereinander sammeln, um einem/r in Not geratenen KollegIn zu helfen, oder sei es im Großen, wenn die Belegschaft eines Betriebes oder einer Branche gemeinsam, also kollektiv, demonstriert oder streikt. Politische und gewerkschaftliche Arbeit ist in der Regel unbezahlt, trotzdem gibt es unzählige, die als BetriebsrätInnen, in Umweltschutz- oder Menschenrechtsgruppen arbeiten oder auch jene, die wie wir in einer sozialistischen Partei arbeiten. Die Überlegung, sie würden dies wegen "Macht" und "Prestige" machen, ist absurd: Viele BetriebsrätInnen sehen sich existenzbedrohenden Angriffen von Unternehmerseite gegenüber, politische Arbeit ist vor allem mühsame Kleinarbeit. Trotzdem sind Zehntausende ArgentinierInnen in den nach der Bewegung zum Jahreswechsel 2001/2 entstandenen Volksversammlungen in Buenos Aires aktiv - 1-2 mal die Woche, ohne jede Bezahlung. Unter Einsatz ihres Lebens waren ArbeiterInnen im Widerstand gegen den Faschismus aktiv, haben für die "Rote Hilfe" gespendet und mitgeholfen. Obwohl es sie "nicht angeht", haben die HafendarbeiterInnen in Australien in den 60er Jahren gegen die Militärdiktatur in Indonesien und für ihre KollegInnen in Timor gestreikt.

Luxus oder Existenzminimum?

Für die überwiegende Mehrheit der Menschen bleiben Wünsche nach Luxus unerreichbar. In der ganzen Welt und auch in Europa gibt es immer mehr Arme, Erwerbs- und Wohnungslose. Für sie geht es um ein halbwegs menschenwürdiges Überleben, nicht ums gierige Horten von immer mehr. Und auch jene, die einen Arbeitsplatz haben, leben keineswegs im Luxus, sondern sind meist froh, wenn sie für sich und ihre Familien das Nötigste bezahlen können. Die Schere zwischen unteren und oberen Einkommen klafft immer weiter auseinander, eine kleine Schicht bereichert sich auf Kosten der Allgemeinheit. Für ihren Luxus wird unsere Gesundheit und Umwelt geopfert, denn es wird für ihre Profite und nicht für unsere Bedürfnisse produziert. In einer sozialistischen Demokratie würden die Entscheidungen nicht mehr von einer Minderheit gefällt. Die Allgemeinheit würde entscheiden, ob ArbeiterInnen mit giftigen Substanzen arbeiten müssen oder ob teurere aber gesündere Alternativen eingesetzt werden. Die Allgemeinheit würde entscheiden, ob giftige Chemikalien ins Wasser geschüttet werden oder ob geklärt wird. Die Allgemeinheit entscheidet, ob Rindern Tiermehl gefüttert wird oder gesundes Futter. Keiner könnte seinen/ihren Egoismus bis zum Exzess auf Kosten anderer befriedigen.

Denn wir behaupten auch nicht, dass der Mensch an sich "selbstlos" wäre. Es gibt einen Überlebensinstinkt, der dazu führt, dass Menschen versuchen, das, was sie brauchen, zu bekommen. Wir müssen im Kapitalismus ständig damit rechnen, das zu verlieren, was wir haben. Wir haben im Regelfall zu wenig Geld, um all die Güter, die wir bräuchten, auch zu kaufen. Dass gleichzeitig im Kapitalismus genug Ressourcen vorhanden wären, um alle Menschen auf diesem Planeten mit ausreichend Nahrungsmittel, sozialer Absicherung, Wohnung und Kultur zu versorgen, zeigt die Perversion. Gier entsteht, wo Mangel herrscht. Mangel müsste aber nicht herrschen, weil die Wirtschaft heute weit genug entwickelt ist, um alle Menschen mit dem Notwendigsten und darüber hinaus zu versorgen, aber der Kapitalismus schafft Mängel. Die Gratis-Fahrradaktion in Wien ist ein Beispiel für das Versagen des Kapitalismus und nicht dafür, dass die Menschen zu schlecht wären. Die Gemeinde Wien startete das Projekt Gratisfahrräder mit Pfandsystem. 1500 Räder sind an 210 Stellen in Wien geparkt und konnten jederzeit gegen ein Pfand von 2 Euro entliehen werden. Nach wenigen Wochen wurde das Projekt abgebrochen, weil die Fahrräder entweder kaputt bzw. zu großen Teilen verschwunden waren. Ein Beispiel dafür, dass der Mensch doch gierig ist? Nein, denn Fahrräder sind einfach zu teuer! Selbst im Kapitalismus wäre es überhaupt kein Problem, alle Menschen mit kostenlosen Fahrrädern zu versorgen. Dann gäbe es keine Notwendigkeit, Fahrräder zu stehlen oder zu horten. Die Produktionsmöglichkeiten sind gegeben, das Geld auch - Fahrräder statt Abfangjäger! Nur wollen das die Kapitalisten nicht, da sie ja dann keine mehr verkaufen würden. Es wäre absurd, seine Wohnung mit sieben Fahrrädern zu verstellen, wenn jederzeit eines kostenlos zur Verfügung stehen würde. Wer käme in Europa auf die Idee, sich aus einem Lokal oder von einem Hydranten Wasser mit nach Hause zu nehmen - niemand, denn Wasser ist bei uns keine Mangelware! Im Kapitalismus können die nettesten Menschen zu Bestien werden, weil Existenzängste und Mangel die Menschen zu unsozialem Verhalten zwingen.

George Orwell, der aktiver Sozialist war, schrieb dazu 1944: "Der Machthunger der Menschen stellt in der Tat ein ernstes Problem dar, aber es besteht kein Grund zu glauben, dass die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes, menschliches Merkmal ist, Wir sind wirtschaftlich egoistisch, weil wir alle in Schrecken vor der Armut leben. Aber wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Niemand versucht zum Beispiel, die Luft aufzukaufen. Der Millionär, wie der Bettler begnügen sich beide mit genauso viel Luft, wie sie einatmen können. Dasselbe mit

Wasser. In diesem Land sind wir nicht von Wassermangel geplagt...Die Folge davon ist, dass Wasser kaum in unser Bewußtsein dringt. Aber was für Eifersüchteleien, was für Hassgefühle, was für entsetzliche Verbrechen doch der Mangel an Wasser in verdorrten Ländern wie Nordafrika verursachen kann! Dasselbe gilt auch für jede andere Art von Gütern. Wenn man es so einrichten könnte, dass es sie im Überfluss gäbe, was man sehr leicht tun könnte, besteht kein Grund zu Annahme, dass die angeblichen habgierigen Instinkte der Menschen nicht in ein paar Generationen wegerzogen werden könnten."

Die Lösung ist nicht, die Menschen für ihr Verhalten zu tadeln, ihnen Moralpredigten zu halten oder, wie es die Kirche tut, mit Verdammnis zu drohen. Es geht darum, den Mangel zu beseitigen. Der Sozialismus ist notwendig und er ist gerechter als das heutige System. Er ist ökonomisch effektiver, weil er in der Lage ist, Überschuss zu produzieren und den Mangel zu beseitigen, während der Kapitalismus unfähig ist, die menschliche Gesellschaft weiter zu entwickeln. Im Kapitalismus herrscht eine Minderheit über eine Mehrheit. Es gibt unterschiedliche Interessen und die Minderheit spaltet die Mehrheit, um an der Macht zu bleiben. Im Sozialismus hingegen gibt es keine unterschiedlichen Interessen. Ein besseres eigenes Leben ist gleichbedeutend mit einem besseren Leben der anderen und umgekehrt. In der sozialistischen Gesellschaft ist der Gegensatz der Interessen beseitigt. JedeR entwickelt seine/ihre Fähigkeiten, um sich selbst zu nutzen und nützt damit dem Gemeinwesen. Heute sind Befriedigung des persönlichen Egoismus und Gemeinwohl meist Gegensätze, die sich ausschließen. In der neuen Gesellschaft sind diese Gegensätze aufgehoben. Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohls stehen miteinander in Harmonie, sie decken sich.

Sozialismus ist nicht dazu da, alle Menschen erzieherisch zu bessern, sondern um die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Die Voraussetzung für den Sozialismus sind nicht "gute Menschen", sondern umgekehrt: Der Sozialismus schafft die ökonomischen und sozialen Grundlagen, um Menschen zu solidarischeren Wesen zu machen.

Frage 2 • Zu faul?

"Der Mensch ist zu faul. Wenn es keine Anreize mehr gibt, wird niemand mehr arbeiten. Im Sozialismus würde niemand mehr die Drecksarbeit machen wollen. Die bleibt dann entweder liegen, oder es muss Zwang eingesetzt werden."

Welchen "Anreiz" gibt es, im Kapitalismus zu arbeiten? Der Kampf ums Überleben! Der Großteil dessen, was wir als Lohn erhalten, müssen wir für Miete, Lebensmittel, Kleidung, für unsere Kinder aufwenden und wenn wir Glück haben reicht es gerade für Auto und Urlaub. Angenehm und motivierend ist die Arbeit im Kapitalismus selten - der einzige Anreiz ist also unser starker Überlebenswille.

"Egoismus" in Form des Selbsterhaltungstriebes und dem Wunsch nach einem besseren Leben ist zutiefst menschlich - und ist letztlich sogar ein wichtiges Element dafür, dass sich Solidarität entwickelt. Sie entsteht aus der Einsicht, dass mensch alleine nichts erreichen kann, um seine eigenen Lebensbedingungen zu verbessern. Das war der Grund für die Bildung der ersten Konsumvereine, wo ArbeiterInnen gemeinsam zu günstigeren Preisen eingekauft haben. Diese Einsicht war einer der Gründe für die Entstehung der Gewerkschaften: die ArbeiterInnenklasse hatte erkannt, dass sie nur gemeinsam höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erreichen kann. Die Massenaufstände gegen die neoliberale Politik und die soziale Katastrophe in Argentinien, die in wenigen Wochen einen Präsidenten nach dem anderen aus dem Amt gejagt haben, weil keiner eine befriedigende Antwort auf die Verarmung und Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung anzubieten hatten, zeigen, dass Selbsterhaltungstrieb und Solidarität kein Widerspruch sind. Der Generalstreik in Italien gegen die Angriffe auf ArbeiterInnenrechte zeigt ebenfalls, dass Menschen bereit sind, aktiv zu werden und für ihre Interessen zu kämpfen - und dass sie das gemeinsam tun.

Die Aussage "wer nicht arbeiten muss, wird auch nicht arbeiten" stammt aus der kapitalistischen Perspektive. Sie geht von Menschen aus, die in kapitalistischen Verhältnissen aufgewachsen sind und die Eigenschaften besitzen, die vom Kapitalismus geprägt sind. Lebensbedingungen, gesellschaftliches Umfeld und Erziehung (nicht nur jene der Eltern, auch Schule, Medien etc.) prägen einen Menschen. Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein, wie Karl Marx feststellte. Das Verhalten und die Denkweise von Menschen sind bestimmt durch die sozialen

Verhältnisse und diese sind durch die Produktionsverhältnisse bestimmt. Kinder sind neugierig, sie wollen alles untersuchen und entdecken. Sie wollen "etwas machen", produktiv tätig sein. Erst wenn ihnen x-mal (verbal oder tatsächlich) auf die Finger geklopft wird, ihnen gesagt wird, "sei nicht so neugierig" oder "sitz still", werden ihnen diese Verhaltensweisen regelrecht ausgetrieben. Kreativität, Musikalität, logisches Denken, Sprachgefühl etc. kann Kindern ebenso an- wie ab-erzogen werden.

Allerdings ist es richtig, dass die Arbeiten, die es im Kapitalismus gibt und die Arbeitsbedingungen dazu führen, dass Menschen sie lieber nicht verrichten. Sie sind oft gesundheitsschädlich, stressig und unangenehm. Im Sozialismus würde die Arbeitszeit drastisch reduziert werden - denn es würden nur notwendige Dinge produziert werden und diese mit den besten technologischen Mitteln. Wie gerne jemand arbeitet, hängt stark davon ab, ob es sich um nützliche, erfüllende und gesellschaftlich anerkannte Arbeit handelt. Im Kapitalismus fragt niemand, was die Bevölkerung braucht oder nicht, es wird nur Profitbringendes produziert. Diese Tatsache führt zu einem unerhörten Chaos und ist ineffizient: Millionen sind arbeitslos, anstatt die Häuser zu bauen, die wir brauchen. Lebensmittel werden vernichtet, obwohl Millionen hungern.

Plan statt Chaos!

Eine sozialistische Wirtschaft hat andere Aufgaben. Die Bedürfnisse der Menschen stünden im Mittelpunkt. Eine demokratische Planwirtschaft wird von der Masse der arbeitenden Bevölkerung selbst organisiert. Die arbeitenden Menschen sind gleichzeitig ProduzentInnen und KonsumentInnen. Sie kennen daher die Bedürfnisse auf beiden Seiten des Produktionsprozesses am besten. Produziert wird nach einem gemeinsam erstellten Rahmenplan. Die ArbeiterInnen erörtern gemeinsam, wie mensch die nötige Menge eines Produkts im Einklang mit der Umwelt herstellt. Jede Verbesserung in der Produktionsweise hilft der gesamten ArbeiterInnenschaft. Denn, je schneller mensch produzieren kann, um so weniger Arbeitszeit ist dafür notwendig. So würde sich die Wochenarbeitszeit schnell auf 20 Wochenstunden oder vielleicht noch weniger reduzieren lassen. Heute gibt es auf der einen Seite Millionen Menschen, die unter- oder unbeschäftigt sind. Auf der anderen Seite quälen sich Millionen mit Überarbeitung. Mensch stelle sich vor, welche Arbeitszeitverkürzung möglich wäre, wenn alle eingestellt würden. Bereits 1981 veröffentlichte die österreichische Akademie der Wissenschaften eine Studie, nach der die rasche Einführung der 35-Stundenwoche Beschäftigungseinbrüche durch Einführung neuer Technologien verhin-

dern könne. Die 35-Stundenwoche wurde zwar nicht eingeführt, aber dafür stieg die Arbeitslosigkeit seither stark an. Die Kapitalisten haben kein Interesse an einer Vollbeschäftigung, weil diese aus ihren Profiten finanziert werden würde und weil dann am Arbeitsmarkt keine Konkurrenz herrschen würde. Unternehmer könnten weniger Druck auf die ArbeiterInnen ausüben und dadurch weniger Profite machen.

Die Planung der Wirtschaft verhindert Über- und Unterproduktion. Sie stellt die Befriedigung der Bedürfnisse sicher. Selbst im Kapitalismus wird geplant - allerdings nur innerhalb der Unternehmen, zwischen ihnen herrscht ineffizientes Chaos. Es werden Marktforschungen durchgeführt, große Konzerne sind straff organisiert und neue Managementmethoden versuchen, die Kreativität der MitarbeiterInnen durch Prämien und Seminare zu nutzen. Das alles geschieht nur, um den Profit zu steigern. Verbesserungsvorschläge werden nur berücksichtigt, wenn sie diesem Zweck dienen.

In einer demokratischen Planwirtschaft würden die Fähigkeiten zum sozialen Handeln in den Mittelpunkt gestellt. Die Arbeitsmotivation wäre eine grundsätzlich andere als im Kapitalismus. Ein Punkt wäre z.B., dass Fleiß mit einer kürzeren Arbeitszeit bei vollem Lohn belohnt wird. Die eigenen Ideen werden in der Produktion Einzug halten. Mensch produziert für sich und die KollegInnen und nicht mehr für Kapitalisten, die sich den Gewinn einstecken.

Im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels 1848 dazu: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Technische Neuerungen würden nicht gegen, sondern für die ArbeiterInnen eingesetzt werden. Bildung wäre nicht auf eine Elite reduziert; alle könnten und sollten lernen. Je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto weniger wird mensch Geld als Ansporn verwenden müssen. Wenn Arbeit Spaß macht, dann macht mensch sie auch gerne und gewissenhaft. Die "Nichtsteuer" im Kapitalismus sind nicht jene Erwerbslosen, die als "Sozialschmarotzer" beschimpft werden, obwohl sie oftmals verzweifelt nach Arbeit suchen. Es sind die Großkapitalisten und Großaktionäre, die sich an unserer Arbeit bereichern und auf unsere Kosten leben.

Und was ist mit den Arbeiten, die keineR machen will? Die Antwort ist einfach: Wir werden sie abschaffen! Sinnlose, erniedrigende "Dienstleistungen", kraftraubende, gesundheitsschädliche, monotone Fließbandarbeit aller Art wird, so sie nicht notwendig ist, abgeschafft. In einer Gesellschaft von Gleichen braucht es keine "Dienstmädchen" und keine Kinderarbeit in der "3.Welt". Die klassische Hausarbeit - Putzen, Kochen, Wäschewaschen, Kindererziehung - werden aus der Familien ausgegliedert und gemeinschaftlich übernommen. Im Roten Wien der 20er Jahre, dass keineswegs den Kapitalismus abgeschafft hatte, gab es z.B. Gemeinschaftsküchen. Solche billigen Kantinen könnten in allen Stadtteilen eingerichtet werden, dasselbe gilt für Großwäschereien. Solche Wäschereien könnte man über automatisierte Transporteinrichtungen für die Wäsche mit den Wohnhäusern verbinden. Dazu kommt noch, dass viele körperliche Arbeiten auch heute schon weitgehend von Maschinen übernommen werden könnten. Wieso soll es nur wenige öffentliche selbstreinigende Toiletten geben? Das könnte auch in jede Wohnung eingebaut werden. Das geschieht aber nicht, weil es in manchen Bereichen einfach billiger ist, menschliche statt maschinelle Arbeitskraft einzusetzen. Ganztägige Kinderbetreuung durch ausreichende und qualifizierte BetreuerInnen würde es Eltern ermöglichen, zu arbeiten, sich aktiv in die Verwaltung der Gesellschaft einzubringen und Kinder in die Welt zu setzen.

Die Arbeiten, die dann immer noch übrig bleiben - Kanalräumen, Reinigungsarbeiten etc. - werden von allen gemacht werden. Wer wann drankommt wird von der Gesellschaft organisiert - das Schlimme an diesen Tätigkeiten ist nicht, sie einmal bzw. für beschränkte Zeit zu verrichten, sondern sie dauernd und zum Wohl jener verrichten zu müssen, die sich von diesen Tätigkeiten befreien können.

Frage 3 • Von Natur aus gewalttätig?

"Der Mensch ist von Natur aus gewalttätig. Es hat immer Gewalt und Kriege gegeben und so wird es auch in Zukunft sein."

Die Geschichte der Menschheit ist von Kriegen durchzogen - und es gibt sie immer noch. Seit es Klassengesellschaften gibt, hat eine kleine Schicht von Herrschenden von diesen Kriegen profitiert bzw. sie zur Machterhaltung und -ausdehnung genützt. Kriege sind um Machtinteressen, Rohstoffe und Marktanteile geführt worden. Nicht das unveränderliche "Böse im Menschen" hat Nazi-Deutschland in den 2. Weltkrieg getrieben, sondern die Profitinteressen von Krupp, Thyssen und IG Farben. In Lateinamerika finanziert(e) die USA Diktaturen und BürgerInnenkriege, um die Interessen von Firmen wie 'United Fruit Company' und ITT zu sichern. Im Nahen Osten unterstützte die USA ursprünglich den Irak im Krieg gegen den Iran, dann die Taliban-Vorläufer gegen die sowjetische Armee und nun die Militärdiktatur in Pakistan gegen die Taliban. All das tun sie, um den Einfluss in der Region und den Zugriff auf billiges Öl in der Region zu sichern. Bezahlen müssen dafür Milliarden Menschen auf dieser Welt. Der Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan ist eine der Ursachen für die Kürzungen im indischen Sozialsystem. Auf der ganzen Welt werden Kinder verkrüppelt, die auf Trepten steigen - ein Waffensystem, das fast ausschließlich zur Bekämpfung der Zivilbevölkerung eingesetzt wird. Unsummen von Geld fließen jedes Jahr in die militärische Forschung. Es wird an immer gefährlicheren biologischen Waffen gearbeitet, anstatt endlich einen Impfstoff gegen Aids zu entwickeln.

Kriege sind aber keineswegs ein Zeichen für einen rückständigen Kapitalismus und daher nur in bzw. zwischen wirtschaftlich unterentwickelten Ländern zu finden. Kein Land war an mehr Kriegen und Militäraktionen beteiligt, als die USA. Die Anzahl bewaffneter Konflikte nahm in den letzten Jahren sogar zu (Naher Osten, Balkan, Afghanistan etc.).

Je knapper Ressourcen werden, je schwerer es wird, Profite zu machen, desto härter wird der Kampf um Einflussgebiete und Absatzmärkte. Dies spielt sich zwischen einzelnen Staaten sowie zwischen den Wirtschaftsböcken ab und kann durchaus militärische Formen annehmen, wenn auch oft in Form von Stellvertreterkriegen. Nach der großen Friedensbewegung der 80er Jahren und durch den Zusammenbruch der

stalinistischen Staaten 1989-`91 ist es für den Imperialismus notwendig geworden, neue Feinde zu finden, um für die Aufrüstung argumentieren zu können. Tatsächlich ist es aber nicht der "islamische Fundamentalismus", der eine Bedrohung für das kapitalistische Gesellschaftssystem darstellt. Die wirkliche Aufgabe von Armeen ist die Sicherung der Herrschaft des Kapitals - und zwar sowohl gegenüber dem Kapital anderer Staaten als auch gegenüber der eigenen ArbeiterInnenklasse.

Der einzelne Mensch hat ein grundlegendes Interesse nach Ruhe und Frieden. Millionen Menschen fliehen aus den Kriegsgebieten, lassen oft alles was sie besitzen hinter sich, nur um dem Krieg zu entkommen, niemand geht freiwillig in ein Kriegsgebiet. Trotzdem sind, seitdem es Klassengesellschaften gibt, immer wieder Millionen in den Krieg geschickt worden. Die Alltäglichkeit des Mordens verändert das Denken vieler Menschen. Der Krieg in Bosnien hat viele Soldaten zu Killern gemacht, für die das Töten und Verstümmeln Selbstzweck und Lebensinhalt ist. In Afrika werden schon Kinder zu SoldatInnen ausgebildet, sie lernen nichts anderes kennen als den Krieg.

Friedrich Engels hat über die "Rolle der Gewalt in der Geschichte" nachgewiesen, dass nicht die Gewalt das "geschichtlich Fundamentale", sondern "die Gewalt nur das Mittel, der ökonomische Vorteil dagegen der Zweck ist". Kriege waren und sind kein ziellosen Auseinandersetzungen, die wie Naturgewalten aus den inneren Trieben der Menschen herausbrechen. Im Gegenteil: In der Menschheitsgeschichte hat es Entwicklungen gegeben, Regeln für das Zusammenleben wurde erstellt, es entstand ein "zivilisierter" Umgang miteinander, Schwächere werden, teilweise gesetzlich, geschützt. Auch unsere heutige Rechtsordnung greift z.B. mit dem "römischen Recht" auf diese lange Tradition zurück. Kriege bilden den Gegenpol zu dieser "zivilisierten" Entwicklung, die alle Klassengesellschaften kennzeichnete: Sie stellen systematisch durchdachte Versuche der jeweils herrschenden Klasse dar, die vorhanden Ressourcen zu ihren Gunsten neu zu verteilen, bzw. Konkurrenz um Macht und Einfluss auszuschalten. Die Kriegspropaganda der Herrschenden, pflanzte dabei stets von Neuem längst überholte Vorurteile und Feindbilder in die Köpfe. Eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung dieser "niedrigen Instinkte" war das Vorhandensein von materieller Not.

Durch Wirtschaftskrisen kommt es zur Verrohung des Menschen, zur Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen. Gewalt in der Familie,

sexuelle Übergriffe gegen Kinder, Gewalt an den Schulen in den entwickelten kapitalistischen Ländern und das Aufbrechen von "ethnischen" und "religiösen" Konflikten in den neokolonialen Staaten sind letztlich Ausdruck der Krise, in der sich die kapitalistische Gesellschaft befindet. In Südafrika leugnet der Präsident den Zusammenhang von HIV und Aids, es fehlt an Mitteln für Medikamente und Schutzmaßnahmen. Rund 20 % der Bevölkerung sind HIV positiv. Als Folge der fehlenden Politik kommt es immer häufiger zu Vergewaltigungen an sehr jungen Mädchen - weil es den Mythos gibt, das Sex mit einer Jungfrau vor Aids schützen würde.

Das Grauen und Entsetzen, das wir alle empfinden, wenn wir das erste Mal mit Gewalt konfrontiert sind, wenn wir das erste Mal eineN ToteN sehen, kann ab stumpfen, wenn diese Dinge alltäglich werden. Und alltäglich werden sie in einer Gesellschaft, in der Gewalt und Kriege zum Machterhalt einer kleinen Minderheit eingesetzt werden. Im Gegensatz zu Militärputschen und der gewaltsamen Machterhaltung einer kleinen Elite in einer Klassengesellschaft wie dem Kapitalismus käme eine sozialistische Gesellschaft ohne Gewalt aus. Weil es keine Klassenherrschaft mehr gibt, gäbe es keine Notwendigkeit für Gewalt.

Frage 4 • ArbeiterInnenklasse?

"Wer soll den Sozialismus überhaupt erreichen? Die ArbeiterInnenklasse, die Marx beschworen hat, die gibt's doch gar nicht mehr. Und außerdem verdienen sie gut, haben also höchstens noch "goldene Ketten". Ausbeutung gabs früher, aber heute ist der Lebensstandard gestiegen - jedeR hat eine Wohnung, ein Auto und fährt auf Urlaub."

Marx und Engels beschreiben die ArbeiterInnenklasse als das revolutionäre Subjekt, also als jene Klasse in der Gesellschaft, die die Notwendigkeit und die Möglichkeit hat, Sozialismus zu erkämpfen. Viele haben ein stereotypes Bild von der ArbeiterInnenklasse: für sie sind ArbeiterInnen nur Menschen, die in der Industrie, im Bergwerk oder auf dem Bau (am besten im Blaumann und schön schmutzig) arbeiten. Die ArbeiterInnenklasse bestand aber niemals nur aus diesem Prototypen, sondern immer aus verschiedenen Gruppen und Schichten. Aus Frauen und Männern, wobei auch jene Angehörigen, die nicht direkt im Arbeitsprozess stehen - also auch Erwerbslose, RentnerInnen und Hausfrauen/-männer - zur ArbeiterInnenklasse gehören. Die ArbeiterInnenklasse beschränkt sich auch keinesfalls auf jene Beschäftigten, die direkt in der Produktion stehen, sondern umfasst andere Berufsgruppen: im Verkauf, im Dienstleistungssektor, in den Büros. Die ArbeiterInnenklasse definiert sich darüber, dass sie "nichts zu verkaufen hat als ihre Arbeitskraft". Der Anteil dieser "Lohnabhängigen" hat sich in den letzten 150 Jahren erhöht, auch wenn sie in immer mehr Untergruppen aufgespalten werden. Die Entwicklung dieser Gesellschaft geht immer stärker in Richtung Vereinheitlichung der zwei großen gesellschaftlichen Gruppen: ArbeiterInnenklasse und Kapitalisten. Die Schichten dazwischen werden durch immer mächtigere Großkonzerne aufgerieben (Stichwort: Bauernsterben). Auch die früher stark abgehobene BeamtInnenenschaft ist in diesen Prozess eingebunden: Zwischen der Belastung und der Lebenssituation der meisten öffentlichen Bediensteten (wir meinen hier nicht die wenigen, wirklich privilegierten SpitzenbeamtInnen) und normaler ArbeiterInnen besteht heute kaum ein Unterschied. Die meisten Arbeitskämpfe der letzten Jahre fanden im Öffentlichen Dienst statt - der ÖTV-Streik in Deutschland 1992, die Proteste der Lehrenden (Schulen und Universitäten) in Österreich. Das zeigt, dass kein Teil der ArbeiterInnenklasse von den laufenden Angriffen der UnternehmerInnen ausgenommen ist oder eine Sonderstellung hat. Die Spaltung in ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen ist künstlich

und dient einer Spaltung der Klasse. Die Probleme der verschiedenen Beschäftigten sind aber in weiten Teilen ähnlich. Alle sind sie davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür ein unselbständiges Einkommen zu erhalten.

Werden die ArbeiterInnen ausgebeutet?

Die Produktion einer Ware erfordert neben Material und Maschinen ein gewisses Quantum menschlicher Arbeitskraft. Der/die UnternehmerIn kauft die Arbeitskraft von ArbeiterInnen und lässt diese für sich arbeiten. Würde jedeR exakt das in Geldform (Lohn) erhalten, was er/sie an Waren produziert, dann könnte ein Kapitalist keinen Profit erzielen. Der Ansatzpunkt des Marxismus ist hier zwischen der notwendigen Arbeitszeit (die Arbeitszeit die für die ArbeiterInnenklasse notwendig ist um sich zu reproduzieren (Nahrung zu kaufen, eine Wohnung, sich den erkämpften Lebensstandard leisten zu können etc. und Nachkommen zu "produzieren")) und Mehrarbeitszeit zu unterscheiden. In der Mehrarbeitszeit entsteht das Mehrprodukt, dass, wenn es abgesetzt werden kann, als Profit realisiert wird. Der Ausbeutungsgrad bestimmt sich im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeitszeit. Auch wenn sich der Lebensstandard verbessert, kann so die Ausbeutung steigen: Im langen Boom zwischen 1950 und 1975 stieg das Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeitszeit in der BRD von 1:2 auf 1:2,7 - also um mehr als ein Drittel. Der Klassenkampf ist letztlich immer ein Kampf um das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, egal ob direkt über die Lohnfrage oder indirekt über z.B. Fragen der Arbeitszeit, Akkordzahlen, Sozialleistungen. Der Mehrwert kann durch verschiedene Maßnahmen erhöht werden: durch technischen Fortschritt und die Erhöhung der Produktivität, durch die Intensivierung der Ausbeutung der Klasse. Je intensiver gearbeitet wird, desto kürzer ist die Zeit, die erforderlich ist, um das zu erzeugen, was der/die ArbeiterIn bekommt. Durch den technischen Fortschritt sind viele Produkte heute in kürzerer Zeit produzierbar als in der Vergangenheit. Heute produziert einE ArbeiterIn ein Vielfaches pro Lohneinheit als vor 90 Jahren (oder auch vor 10 Jahren). Langfristig ist das nicht vollständig in Form von Lohnerrhöhungen an die ArbeiterInnenklasse weitergegeben worden, der relative Mehrwert und damit die Ausbeutung ist gestiegen - obwohl (in Teilen der Welt) der Lebensstandard gestiegen ist.

"Aber keiner verhungert!"

Der Kapitalismus kann nicht auf die Situation in den entwickelten kapitalistischen Ländern reduziert werden; er ist global. Der Kapitalismus ist ein einziges Weltsystem mit internationaler Arbeitsteilung, nationalen Grenzen, sowie durchaus ungleichmäßiger Entwicklung in den verschiedenen Ländern und Kontinenten, die aber immer in Zusammenhang stehen und voneinander abhängig sind. Entwicklungstendenzen im Kapitalismus, Verteilung, Begriffe wie ArbeiterInnenklasse und industrielle Reservearmee (das Heer der Erwerbslosen) können deshalb nur im globalen Zusammenhang betrachtet werden. Auch im Weltmaßstab sind die überwiegende Anzahl der Menschen ArbeiterInnen, wenn auch durchaus unter unterschiedlichen Bedingungen. Der Weltentwicklungsbericht der UNO nennt Zahlen, die belegen, dass die Verteilung des weltweiten Vermögens heute ungerechter ist als jemals zuvor. So entfallen 86 Prozent des weltweiten privaten Konsums auf 20 Prozent der Menschheit in den Ländern mit den höchsten Einkommen, die 20 Prozent am untersten Ende der sozialen Skala müssen sich 1,1 Prozent des Konsums teilen. Die 225 reichsten Menschen der Welt besitzen zusammen 1015 Milliarden Dollar - das Jahreseinkommen der ärmsten 47 Prozent der Weltbevölkerung ist ebenso hoch. Das Vermögen der drei reichsten Personen der Erde übersteigt das kumulierte Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. Die Einkommensschere zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Menschheit hat sich seit 1960 von 30:1 auf 74:1 mehr als verdoppelt.

Der Lebensstandard von Menschen in der "Ersten" und der "Dritten" Welt ist zweifellos sehr unterschiedlich - in Westeuropa geschieht es sehr selten, dass Menschen verhungern. Die Ausbeutungsmechanismen aber sind die gleichen. Die ArbeiterInnenklasse der "reichen" Länder profitiert allerdings keineswegs von der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse in den "ärmeren" Ländern. Denn die Aufrechterhaltung der Ausbeutung in einem Teil der Welt stabilisiert sie auch in anderen Teilen. Die Antwort kann daher nur sein, mittels internationaler Solidarität Klassenkämpfe in diesen Ländern zu unterstützen.

Wer trägt das Risiko?

"In der Krise verliert der Unternehmer einen Arbeiter und der Arbeiter einen Arbeitsplatz." Das ist die Logik des "Unternehmer-Risikos". Selbst wenn ein Betrieb schließen muss - wer trägt tatsächlich in der Regel die Konsequenzen? Der Unternehmer mit seinen/ihren Verbindungen zu

Politik, Justiz und Wirtschaft erhält im Regelfall rasch einen neuen, gut-bezahlten Managerjob. Andererseits müssen Tausende ArbeiterInnen plötzlich vom Arbeitslosengeld leben (z.B. bei der Holtzmann-Pleite in Deutschland). Haben wirklich die ArbeiterInnen schlecht gewirtschaftet? Sie tragen das volle Risiko und dürfen nicht einmal in den Geschäftsbüchern nachsehen, was mit ihrer Arbeitsleistung geschieht. Die ArbeiterInnenklasse ist es, die unter den Unsicherheiten und den Auswirkungen von Krisen im Kapitalismus leidet - durch Verlust der Lebensgrundlage, von Arbeit, Einkommen und Wohnung. Die ArbeiterInnenklasse leidet auch unter zunehmend riskanten Produktionsmethoden (was sich in der Serie von Nahrungsmittelskandalen zeigt) und unter der Verrohung der Gesellschaft, die zwischenmenschliche Beziehungen zerstört.

Die ArbeiterInnenklasse hat im Kapitalismus keine andere Möglichkeit der Existenzsicherung als den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Aber selbst diese Existenz als Ausgebeutete wird uns oft verwehrt. Offiziell sind rund eine Milliarde Menschen bzw. 30% der Menschen im erwerbsfähigen Alter weltweit arbeitslos oder unterbeschäftigt, davon rund 35 Millionen in den Industriestaaten der OECD.

Frage 5 • Reform reichen doch?

"Revolutionen sind in der Vergangenheit immer wieder gescheitert. Es bringt mehr, jetzt, im Kapitalismus für viele Verbesserungen einzutreten und nicht auf einen fernen Sozialismus zu warten. Schließlich hat es auch in den letzten 100 Jahren viele Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse gegeben."

Ja, es hat sich viel verändert in den letzten 100 Jahren. Aber keine Verbesserung haben die Kapitalisten freiwillig hergegeben, alles hat die ArbeiterInnenbewegung gefordert und erkämpft. In manchen Fällen musste die ArbeiterInnenklasse lediglich mit ihrer Stärke drohen und die Unternehmer gaben klein bei. Das war allerdings nur in Zeiten eines Aufschwungs möglich. Heute befindet sich der Kapitalismus in einer gänzlich anderen Situation. Für dauerhafte Reformen ist heute kein Spielraum mehr gegeben. Während in den 60er Jahren im Zuge des Nachkriegs-"Wirtschaftswunders" echte Reformen wie Arbeitszeitverkürzung erreicht werden konnten, wird heute in erster Linie Sozialabbau betrieben. Kleinere Verbesserungen werden nach dem Prinzip "mit der linken Hand geben und mit der rechten nehmen" durch Kürzungen in anderen Bereichen durchgeführt.

Ob 8-Stunden-Tag, Urlaubs- und Lohnfortzahlungsregelung oder demokratische Rechte - nichts haben die Herrschenden ohne Druck hergegeben. Die Beispiele zeigen auch, wie vergänglich diese Verbesserungen sind. Der 8-Stunden-Tag ist inzwischen die Ausnahme, nur eine Minderheit der Beschäftigten arbeitet heute in Regelarbeitsverhältnissen mit 40-Stunden/Woche an fünf Tagen tagsüber. Die Mehrheit hat Nacht- und Wochenendarbeit, Schicht- und Teilzeitarbeit und/oder arbeitet in Bereichen, in denen Arbeitsschutzgesetze schon teilweise ausgehebelt wurden. Die Krankenversicherung ist spätestens mit der Einführung der Ambulanzgebühr ausgehöhlt, hinzu kommen steigende Selbstbehalte und die Diskussion über den "Teilkrankenstand". Demokratische Rechte existieren oft nur auf dem Papier, wie die vielen Fälle zeigen, wo ArbeiterInnen, die einen Betriebsrat gründen wollten, widerrechtlich gekündigt wurden und nun ihr Recht vor dem Arbeitsgericht einklagen müssen - ein langwieriger und schwieriger Prozess, v.a. auch weil sie in der Zeit nur Arbeitslosengeld erhalten.

Keine Reform hat sicheren Bestand, das zeigt der Abbau des Sozialstaates in den 80er und 90er Jahren deutlich. Vor allem in Krisenzeiten versu-

chen die KapitalistInnen, das, was ihnen abgerungen wurde, wieder zurückzuholen. Das bedeutet Privatisierungen, Steuererleichterungen für Unternehmen bei gleichzeitigen Abgabenerhöhungen für die ArbeiterInnen, ein Ende des freien Bildungszuganges, stärkerer Druck auf Arbeitslose.... SozialistInnen begrüßen jede einzelne Verbesserung und helfen mit, sie zu erkämpfen. Gleichzeitig betonen wir, dass sie im Kapitalismus nicht von langer Dauer sein können. Letztlich reicht es nicht, den einen oder anderen Missstand zu beseitigen, sondern es ist notwendig, das ganze System zu ändern.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Es hat immer wieder Revolutionen gegeben, durch die eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform eine alte abgelöst hat. Die britische und insbesondere die "Große Französische Revolution" von 1789 werden als "gute" Revolutionen im Geschichtsunterricht genannt - kein Wunder, es sind jene bürgerlichen Revolutionen, die zur Durchsetzung des Kapitalismus notwendig waren. Im Gegensatz dazu sei die sozialistische Revolution in Russland 1917 eine "böse" Revolution. Auch diese Bewertung (vorgenommen von bürgerlichen Historikern) verwundert nicht, da in Russland 1917 der Kapitalismus gestürzt wurde und versucht wurde, eine neue sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Der Kapitalismus hat sich längst überlebt. Er arbeitet längst nicht mehr effizient für die Weiterentwicklung der Menschheit. Er beweist seine Unfähigkeit tagtäglich. Ein Blick in die Zeitung macht das deutlich. Trotzdem herrscht der globale Kapitalismus. Das zeigt, dass gute Argumente leider nicht reichen, um den Kapitalismus durch eine gerechtere sozialistische Gesellschaft zu ersetzen. Er hat sich ein Herrschaftssystem aufgebaut, das alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Von Medien, Schulsystem, Justiz, Kirchen wird, wenn auch auf unterschiedliche Art, die Überlegenheit und "Naturgegebenheit" des Kapitalismus und aller damit verbundener Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit konstatiert. Die gesellschaftlich vorherrschenden Meinungen sind die Meinungen der herrschenden Klasse, müssen wir in Anlehnung an Karl Marx feststellen.

Daher wird der Sturz des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems nicht durch den Putsch einer Minderheit passieren und auch nicht durch eine Volksabstimmung. Die Herrschenden werden ihre Privilegien, ihren Reichtum und ihre Macht niemals freiwillig abgeben. Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft ist notwendig. Sie wird aber nicht "über Nacht" kommen, nicht vom Himmel fallen, sondern ein

revolutionärer Prozess sein, bei dem die ArbeiterInnenklasse letztlich die Macht ergreift. Die ArbeiterInnenklasse hat ein objektives Interesse an der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, da nur diese die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen kann. Einzig die ArbeiterInnenklasse ist auch zahlenmäßig und aufgrund ihrer entscheidenden Stellung in der Wirtschaft in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Die Zunahme von Kämpfen - die anti-kapitalistische Bewegung, Proteste von ArbeiterInnen und Volksaufstände (in Asien, Lateinamerika) - zeigen das enorme Potential und den Unmut, der existiert. Die Ereignisse in Argentinien zeigen auch, wie schwierig und langwierig dieser Prozess ist und dass die Wut der Massen alleine nicht ausreicht, um die Gesellschaft zu verändern. Eine Serie von Generalstreiks und Massendemonstrationen in den letzten Jahren, als Reaktion auf die sich verschlechternde soziale Situation, haben Argentinien zum Jahreswechsel 2001/2 an den Beginn eines vorrevolutionären Prozesses gebracht. Aber trotz dieser wochenlangen gewaltigen Massenbewegungen wurde wieder ein pro-kapitalistischer Präsident ernannt, der letztlich nur etwas populistischer ist, sich aber von seinen Vorgängern nicht qualitativ unterscheidet. Was gefehlt hat, waren erstens klare Vorstellungen über die Alternative, also ein breites Verständnis über die Notwendigkeit nicht nur des Sturzes des Präsidenten, sondern des Sturzes des Kapitalismus und zweitens eine Organisation, die die Massenbewegung auf dieses Ziel orientiert hätte müssen. Nachdem den ArgentinierInnen lange der Erfolg des eigenen Modells (der Aufschwung in den 80er Jahren) präsentiert wurde, braucht es Erfahrungen, bis sich ein breites Bewusstsein entwickeln kann, dass nicht nur der neoliberale Kapitalismus, sondern der Kapitalismus an sich das Problem ist. Und weil es gerade in Argentinien so lange keine unabhängige Massenpartei der ArbeiterInnenklasse gegeben hat, muss auch diese Tradition erst wieder aufgebaut werden. Die verschiedenen Aufstände und Revolutionen in der Geschichte haben immer wieder bewiesen, dass ohne den "subjektiven Faktor", eine revolutionäre Partei, diese Bewegungen letztlich gescheitert sind. Die Aufgaben einer solchen Kraft sind, Forderungen und Programme in die Bewegung einzubringen, um diese zu vereinigen und weiterzubringen und die Systemfrage offensiv zu stellen. In Argentinien ist der revolutionäre Prozess noch am Anfang, es muss noch viel geschehen: an Erfahrungen im Kampf, in der Entwicklung von Bewusstsein, durch die Bildung einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei.

Frage 6 • Wollt ihr den Ostblock?

"Die bisherigen Revolutionen haben alle zum selben Ergebnis geführt - wollt Ihr so etwas wie im Ostblock?"

Unserer Ansicht nach ist kein Land der Welt bisher sozialistisch gewesen. Die verschiedenen sogenannten sozialistischen Staaten waren Ländern, in denen zwar das kapitalistische System abgeschafft war, aber Wirtschaft und Gesellschaft vollkommen undemokratisch von einer abgehobenen Schicht privilegierter Bürokraten gelenkt wurde. Unsere Ablehnung des Stalinismus stützt sich auf Analyse und Programm von Leo Trotzki und der Linken Opposition in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie haben die Errungenschaften der Sowjetunion (Verstaatlichung, Planwirtschaft, staatliches Außenhandelsmonopol) verteidigt und gegen die Bürokratisierung gekämpft. Im ehemaligen Ostblock wurden jene Menschen, die wirklich für Sozialismus kämpften, von der herrschenden Bürokratie verfolgt und ermordet. Stalin war der größte KommunistInnenmörder der Geschichte.

Für Trotzki war die Sowjetunion unter Stalin ein "deformierter ArbeiterInnenstaat". "ArbeiterInnenstaat" insofern, als Kapitalismus und Großgrundbesitz gestürzt und Eigentumsverhältnisse geschaffen wurden, die im historischen Interesse der ArbeiterInnenklasse sind. Das Staatseigentum an Produktionsmitteln und die Planung der Wirtschaft sind zwar notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für den Sozialismus. Nicht die Planwirtschaft war das Problem, sondern die Machtausübung durch eine kleine privilegierte Schicht, die Bürokratie. Diese völlig unproduktive Kaste schöpfte nicht nur einen beachtlichen Teil dessen, was die ArbeiterInnenklasse produzierte, für sich ab. Sie verstopften auch die Poren der Wirtschaft und tötete jede Form von demokratischer Mitgestaltung ab. Diese Form der diktatorischen zentralistischen Planwirtschaft reichte, um das "Entwicklungsland" UdSSR zeitweise zur zweitstärksten Industriemacht zu machen; etwas, was der Kapitalismus in vergleichbarem Rahmen nirgends im 20. Jahrhundert geschafft hat. Doch Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Körper Luft zum Atmen. Je komplexer die Wirtschaft wurde, desto unmöglicher wurde es, die Produktion ohne Kontrolle der ArbeiterInnen zu planen. Doch diese hätte das Ende der bürokratischen Herrschaft bedeutet. Einige der alten BürokratInnen versuchten, das Rad der Geschichte anzuhalten und die beginnende Bewegung von unten brutal niederzuschlagen. Der überwiegende Teil der selbsternannten "KommunistInnen" wähl-

te einen anderen Weg, um sich die privilegierte Stellung zu erhalten: Sie arrangierten sich mit dem Westen und begannen, den Kapitalismus wieder einzuführen. In trauter Zweisamkeit präsentierten sich die KapitalistInnen aus dem Westen mit den Wendehälsen aus dem Osten als die einzige Zukunftsperspektive. Dass das Betrug war, ist angesichts des Verfalls in den "Reformländern" mittlerweile schon vielen klar.

Grundlagen für Stalinismus

Dass die stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion die Oberhand gewann ist keine Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, sondern das Ergebnis einer Reihe historischer Faktoren. Am Ende und nach dem 1. Weltkrieg fegte eine revolutionäre Welle über Europa. Die Russische Revolution von 1917 schlug ein neues Kapitel in der Menschheitsgeschichte auf. Großgrundbesitz und Kapitalisten wurden enteignet, der bürgerlich-zaristische Staatsapparat zerschlagen. Sofort wurde ein demokratischer Friede ausgehandelt (Russland steckte bis kurz nach der Oktoberrevolution noch im 1. Weltkrieg) und eine Landreform beschlossen. Im ganzen Land begann eine Welle der Nationalisierung durch die lokalen Sowjets. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde im früheren Völkergefängnis Russland umgesetzt. Frauen wurden gleichberechtigt (die sozialen und rechtlichen Voraussetzungen wurden geschaffen, mehr siehe Frage 9), neue Wege wurden in Bildung, Kultur und Forschung beschritten. Für kurze Zeit hatten die ArbeiterInnen in Form einer Räte-(=Sowjet-) Demokratie die Macht. Das war die demokratischste Regierung, die es jemals gab.

Aber Sozialismus kann nicht in einem Land allein aufgebaut werden. Sozialismus knüpft am höchstentwickelten kapitalistischen Niveau der Produktivkraftentwicklung an. Der Kapitalismus hat durch die weltweite Arbeitsteilung und ökonomische Integration einen Weltmarkt geschaffen. Sozialismus kann daher auch nur international verwirklicht werden, denn die materiellen Voraussetzungen sind nur international, nicht aber in einem einzelnen Land und schon gar nicht in einem rückständigen wie Russland, gegeben. Zum Zeitpunkt der Revolution von 1917 war Russland ein industriell und kulturell sehr rückständiges Land. Es gab nur wenige Industriezentren in den größeren Städten, der überwiegende Teil der Bevölkerung waren landlose Bauern. Etwa 80 % konnten weder lesen noch schreiben. Russland war, wie Lenin und Trotzki immer wieder betonten, abhängig von der internationalen Ausweitung der Revolution auf industriell weiter entwickelte Länder, wie beispielsweise Deutschland. In Deutschland und Österreich hatten sich nach dem russischen Vorbild

ArbeiterInnen- und Soldatenräte gebildet, es wurde die "sozialistische Republik" gefordert.

Die Führung der Sozialdemokratischen Parteien in diesen Ländern setzte sich aber nicht an die Spitze der jeweiligen revolutionären Bewegungen, sondern bremste sie bzw. trat offensiv gegen sie auf. Mit dem Argument "die Zeit ist noch nicht reif" rettete sie jenen Kapitalismus, der gerade erst zu den Millionen Toten des 1. Weltkriegs geführt hatte. Wegen des Verrats der Führung der Sozialdemokratie an den Revolutionen in Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien und der Tschechischen Republik blieb der erste ArbeiterInnenstaat der Welt isoliert und wurde durch den Einmarsch von 21 imperialistischen Armeen in einen mehrjährigen BürgerInnenkrieg verwickelt. Das Land und die Wirtschaft wurde weitgehend zerstört, es herrschte Hunger und Mangel.

Diese Situation - Isolation der Revolution, ohnehin schon rückständiges Land, Zerstörungen im BürgerInnenkrieg - bildeten die Basis für die politische Konterrevolution. Diese fand in Form der Errichtung einer Diktatur der Bürokratie unter der Führung Stalins statt. Stalin spielte diese herausragende Rolle nicht auf Grund seiner "Genialität", sondern es war eher seine Mittelmäßigkeit (er spielte in der Revolution und in der Bolschewistischen Partei ursprünglich keine zentrale Rolle, sondern war in erster Linie ein Administrator), die ihn zum perfekten Repräsentanten der erstarkenden bürokratischen Kaste machte.

Stalinismus in vielen Staaten

In anderen stalinistischen Staaten spielten andere diese Rolle: Mao in China, Castro in Kuba, Honecker in der DDR, Kim Il Sung in Nordkorea, Tito in Jugoslawien. Zwischen diesen Vertretern der Bürokratie gab es Meinungsverschiedenheiten und Machtkämpfe. Es gibt auch Unterschiede in der Form der Machtausübung - etwas weniger Repression in Kuba, völlige Gleichschaltung in Nord-Korea - die v.a. darauf zurückzuführen sind, dass es in diesen Staaten eigenständige revolutionäre Erhebungen gab. In Kuba und Jugoslawien ist bzw. war die Bürokratie nicht so abgehoben wie z.B. in Rumänien, weil sie Teil des aktiven Kampfes gewesen war. Aber auch in diesen Staaten gab es keine isolierte Entwicklung zu einer stalinistischen Diktatur. Nach der Machtübernahme des Stalinismus in der Sowjetunion sorgten diese über die "Kommunistische Internationale" für eine Gleichschaltung aller "Kommunistischen Parteien". Nach dem 2. Weltkrieg hatte Stalin ursprünglich einen Ring neutraler Staaten zwischen der Sowjetunion und

Westeuropa geplant. Die Bevölkerung in Osteuropa jedoch hatte mit dem Faschismus zu großen Teilen die Kapitalisten vertrieben, sodass nach einigen missglückten Versuchen, eine bürgerliche Demokratien zu errichten, die "Volksdemokratien" gegründet wurden. Dies war auch für die Moskauer Bürokratie notwendig geworden, weil einerseits die ArbeiterInnenklasse in diesen Staaten nicht einfach so weitermachen wollte wie bisher (sie erwartete sich klare Veränderungen) und weil andererseits die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Staaten nicht so verlief, wie der Stalinismus es sich nach dem 2. Weltkrieg erhofft hatte. Der Kalte Krieg begann, und Churchill erklärte: "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet". Er meinte damit, Britannien und die Alliierten hätten lieber die Sowjetunion als Nazi-Deutschland besiegen sollen. Die Sowjetunion musste ihren Einflussbereich ausweiten. Revolutionäre Bewegungen, die es in vielen Staaten gab wurden, von der stalinistischen Bürokratie nicht gerne gesehen und teilweise unterdrückt. Installiert wurden Kopien des "sowjetischen" Systems.

Garantie gegen Stalinismus?

In kommenden Revolutionen gibt es keine absolute "Garantie", dass es nicht wieder zu einer Entartung kommt - aber die Voraussetzungen sind wesentlich günstiger und die stalinistische Sowjetunion als "Großer Bruder", der alles kontrolliert, ist weggefallen. Ein wesentlicher Grund für die Herrschaft der Bürokratie in der Sowjetunion war der Mangel, der nach dem 1. Weltkrieg und dem BürgerInnenkrieg herrschte. Wo zu wenig da ist, muss die Verteilung des Mangels organisiert werden. Und damit ist der Kern für die Bürokratie vorhanden. Hätte die Revolution in einem reicheren und wirtschaftlich weiter entwickelten Land stattgefunden, wäre der Lauf der Geschichte wohl anders gewesen. Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass sich eine gesunde sozialistische Gesellschaft entwickelt, ist eine Gesellschaft ohne Mangel. Das steht auch im Widerspruch zu dem Argument, Sozialismus könne nicht funktionieren, weil der Mensch nicht bereit sei zu verzichten - Sozialismus bedeutet eben nicht zu verzichten! Der Überfluss, der im Sozialismus produziert werden wird, bedeutet nicht die Erzeugung künstlicher Bedürfnisse (silberne Sektquirl) oder massenhafter Verschleißprodukte (die Strumpfhose mit eingebauter Laufmasche) sondern die Befriedigung elementarer Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnen, Sicherheit und Kultur.

Leo Trotzki dazu in einem Artikel von 1935 "Wenn Amerika kommunistisch würde": "Sowjetamerika wird unsere bürokratischen Methoden nicht nachahmen müssen. Bei uns hat der Mangel an den

elementaren Lebensgütern dazu geführt, dass sich jeder um einen Extra-Laib Brot, eine Extra-Elle Stoff gehörig balgen muss. In diesem Kampf spielt unsere Bürokratie den Vermittler, den allmächtigen Schiedsrichter. Sie hingegen (gemeint sind die USA, Anm.) sind viel wohlhabender und würden es nicht so schwer finden, Ihre ganze Bevölkerung mit allem Lebensnotwendigen zu versehen. Außerdem würden Ihre Bedürfnisse, Geschmacksrichtungen und Gewohnheiten es Ihrer Bürokratie nie erlauben, das Nationaleinkommen zu verteilen. Stattdessen wird sich Ihre ganze Bevölkerung, wenn sie Ihre Wirtschaftsgesellschaft so organisieren, dass für die Deckung menschlicher Bedürfnisse und nicht für private Profite produziert wird, um neue Richtungen und Gruppen scharen, die miteinander kämpfen und es verhindern werden, dass eine arrogante Bürokratie sie bedrückt.

Durch Sowjets, d.h. durch Demokratie, durch die flexibelste Regierungsform, die es bisher gibt, können Sie das Anwachsen des Bürokratismus vermeiden. Eine Räte-Organisation kann nicht Wunder wirken; sie kann nur den Willen der Bevölkerung reflektieren. Bei uns sind die Sowjets infolge des politischen Monopols einer einzigen Partei, die selbst zur Bürokratie wurde, bürokratisiert worden. Diese Situation ist Resultat der außergewöhnlichen Schwierigkeiten sozialistischer Pionierarbeit in einem armen und rückständigen Land."

Frage 7 • Demokratie?

"Sozialismus und Demokratie - passt das zusammen?"

Kapitalismus ist alles andere als demokratisch. Nur einige wenige bestimmen über die tatsächlichen Abläufe. Es gibt eine starke Konzentration von Medien, wo wenige Verlagsgruppen Zeitungen, Magazine, Fernseh- und Radiosender besitzen. Alle großen Medien sind fest in der Hand der Herrschenden, eine Handvoll Kapitalisten in den Chefetagen bestimmt völlig undemokratisch und unkontrolliert den Ablauf der wirtschaftlichen Prozesse. Wer hat die Superreichen, die bei internationalen Gipfel-Treffen wichtige politische und wirtschaftliche Schritte festlegen, gewählt? Und wer kontrolliert Polizei oder Bundeswehr? Im politischen Bereich hat die ArbeiterInnenbewegung zwar wichtige Rechte erkämpft, doch diese gelten weltweit nur für Wenige. Ein Großteil der Staaten dieser Erde sind Diktaturen. Und auch in den Ländern, in denen es Presse- und Versammlungsfreiheit gibt, versuchen die Herrschenden, diese Rechte einzuschränken oder abzuschaffen, wenn sie ihnen gefährlich werden. In den meisten Betrieben auf dieser Welt gilt am Betriebseingang "Demokratie bis hierher und nicht weiter". Gewerkschaftliche Rechte gibt es entweder überhaupt nicht, oder sie werden beschnitten. GewerkschafterInnen werden entlassen, eingeschüchtert und in den schlimmsten Fällen eingesperrt oder sogar ermordet. Auch in unseren westlichen Demokratien wissen die ArbeiterInnen eines Betriebes nicht, welche Reichtümer die Manager/Besitzer anhäufen. Sie bekommen nie die wirkliche Bilanz zu sehen. Unter dem Titel "Firmengeheimnis" werden den ArbeiterInnen die Informationen vorenthalten, was mit den Werten, die sie durch ihre Arbeit erschaffen, geschieht.

Wir SozialistInnen kämpfen für eine Ablöse der Scheindemokratie durch wirkliche Demokratie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialistische Demokratie ist die organisierte Einbeziehung aller in alle Angelegenheiten der Gesellschaft. An die Stelle von großen Männern tritt eine Heerschar von "kleinen Leuten", die in frei gewählten Komitees gemeinsam den Lauf der Dinge erörtern und Lösungen umsetzen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Profiten orientieren. Die Komitees werden gewählt. Die Gewählten sind der WählerInnenschaft jederzeit rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar und sie genießen keinerlei materielle Privilegien. Sie haben ein Einkommen zu haben, das dem Durchschnittseinkommen entspricht. Diese Komitees wird es auf allen Ebenen geben: in den Fabriken, in den

Stadtteilen, auf Bezirks-, Stadt- und Landesebene, ja sogar auf der "Weltbühne". Erstmals in der Geschichte der Menschheit hat die Mehrheit die Geschicke der Menschheit in den eigenen Händen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird das Potential aller Menschen, ihre Kreativität, ihre Erfahrungen, ihre Talente in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Die Macht geht erstmals tatsächlich vom Volke aus.

Dass sich heute immer weniger Menschen an den "demokratischen Abläufen" beteiligen (siehe den starken Rückgang der Wahlbeteiligung international), liegt nicht daran, dass sie zu faul wären, sondern daran, dass sie sehen, dass sie nichts bewirken können. Alle paar Jahre ein Kreuz zu machen, und dann nach den Wahlen zu hören, dass die Versprechen leider nicht eingelöst werden können und hin und wieder bei einem Volksbegehren zu unterschreiben, dass ignoriert wird, sind ja wohl nicht der Gipfelpunkt der Demokratie. In einer sozialistischen Demokratie haben Alle durch ausreichende Bildung, durch Arbeitszeitverkürzung und den Einsatz modernster Kommunikationsmitteln nicht nur die reale Möglichkeit, sich an den demokratischen Abläufen zu beteiligen, sondern sie sind tatsächlich aktiver Teil in diesem Prozess und nicht nur StimmenbeschafferInnen wie heute. Die Massenaktivität, die für den Sturz des Kapitalismus notwendig gewesen ist, braucht es auch nach der Revolution, um die Gesellschaft weiter zu entwickeln.

Unser Selbstverständnis und unser Programm setzt bei dem an, was Lenin schon 1917 forderte. Es sind Punkte, die im Kapitalismus für die Organisationen der ArbeiterInnenklasse gelten sollten (also für ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften) und die nach einer Revolution für die gesamte Gesellschaft gelten; auch um die Entwicklung einer stalinistischen Bürokratie zu verhindern.

- Alle Funktionen und Ämter werden durch demokratische Wahlen besetzt. Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen.
- KeinE Funktionärin darf aufgrund seines/ihres Amtes in den Genuss materieller Privilegien kommen; KeineR von ihnen verdient mehr als einE durchschnittlicheR FacharbeiterIn.
- Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit. Die Verwaltungsarbeit wird allmählich von allen durchgeführt, begleitet durch Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung.
- Vergesellschaftung der großen Konzerne, Verwaltung und Kontrolle durch ArbeiterInnen-Komitees.
- Kein Einparteiensystem, sondern volle politische Freiheiten für alle Parteien und Gruppen, außer für Faschisten und Organisationen, die mit Gewalt die Diktatur einer Minderheit errichten wollen.

Frage 8 • Keine Individualität?

"Im Sozialismus werden alle Menschen gleichgemacht, da gibt es keinen Raum mehr für Individualität."

In der heutigen Gesellschaft ist keineR frei und niemand kann sich wirklich individuell entfalten. Alles hängt vom Geld ab. Die Entwicklung von Fähigkeiten hängt heute immer noch zum großen Teil davon ab, auf welchem Fleck der Erde und in welcher Klasse jemand geboren wird. Wer reich ist, ist frei und kann wählen, ob mensch eine Spezialausbildung macht oder lieber eine Lehre. Wer kein Geld hat, muss machen, was mensch sich leisten kann. Viele Talente und Genies sind dadurch schon verloren gegangen. Sie konnten nicht studieren, weil das Geld der Eltern nicht reichte.

1891 schrieb Oscar Wilde in "Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus" zum Thema Individualität: "Unter den neuen Umständen (im Sozialismus, Anm.) wird der Individualismus viel freier, schöner und viel intensiver sein als heutigen Tags. Denn die Anerkennung des Privateigentums hat in der Tat den Individualismus geschädigt und verdunkelt, indem er den Menschen verwechselte mit dem, was er besitzt. Es hat den Individualismus völlig in die Irre geführt. Es hat ihm Gewinn, nicht Wachstum zum Ziel gemacht. So dass der Mensch glaubte, die Hauptsache sei, zu haben, und nicht wusste, dass es die Hauptsache ist, zu sein. Die wahre Vollkommenheit des Menschen liegt nicht in dem, was er hat, sondern in dem, was er ist. Das Privateigentum hat den wahren Individualismus vernichtet und einen falschen hingestellt. Durch Aushungern hat es einem Teil der Gemeinschaft die Möglichkeit benommen, individuell zu sein. Es hat dem anderen Teil der Gemeinschaft die Möglichkeit, individuell zu sein, benommen, indem es ihn auf den falschen Weg brachte und ihn überbürdete."

Die Betriebsamkeit, die zum Geldverdienen erforderlich ist, ist gleichfalls sehr demoralisierend. In einer Gemeinschaft wie der unsern, wo das Eigentum Rang, gesellschaftliche Stellung, Ehre, Würde, Titel und andere angenehme Dinge der Art verleiht, macht es der Mensch, ehrgeizig wie er von Natur wegen ist, zu seinem Ziel, Eigentum anzuhäufen, und fährt damit bis zur Ermüdung und zum Überdruß fort, auch wenn er weit mehr angehäuft hat, als er braucht oder benutzen kann, ja sogar mehr, als ihn erfreut, und

mehr, als er weiß. Der Mensch arbeitet sich zu Tode, um Eigentum zu erlangen, und wenn man freilich die ungeheuren Vorteile sieht, die das Eigentum mit sich führt, ist es nicht zum Verwundern. Bedauern muss man, daß die Gesellschaft so aufgebaut ist, dass der Mensch in eine Grube gezwängt ist, wo er nichts von dem frei zur Entfaltung kommen lassen kann, was Schönes und Bannendes und Köstliches in ihm ist - wo er tatsächlich die wahre Lust und die wahre Freude am Leben entbehrt.

Nun, nichts sollte einen Menschen schädigen können, es sei denn er selbst. Nichts überhaupt sollte einen Menschen ärmer machen können. Was in ihm ist, das hat der Mensch wirklich. Was draußen ist, sollte ohne Bedeutung sein. Nach der Abschaffung des Privateigentums werden wir also den wahren, schönen, gesunden Individualismus haben. Niemand wird sein Leben damit vergeuden, dass er Sachen und Sachwerte anhäuft. Man wird leben. Leben - es gibt nichts selteneres in der Welt. Die meisten Leute existieren, weiter nichts. Es ist die Frage, ob wir jemals eine Persönlichkeit sich völlig haben ausleben sehen, es sei denn in der Phantasiesphäre der Kunst."

Erst im Sozialismus, in dem die Gesellschaft die Fähigkeiten eines/r jeden braucht, um sie zum Wohle aller für die Gesellschaft einzusetzen, kann es gleiche Möglichkeiten für alle geben. Jede/r hat den gleichen Zugang zu Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten und die Möglichkeit, seine/ihre Fähigkeiten optimal zu fördern und so für sich ein erfüllteres Leben zu haben. Für die Gesellschaft bringt das den größtmöglichen Vorteil. KeinE echteR SozialistIn würde jemals auf die Idee kommen, alle gleich machen zu wollen. Das wäre unsinnig, da der Sozialismus auf Vielfalt der menschlichen Ideen und Fähigkeiten aufbaut. Es wäre unmöglich, eine lebendige Demokratie aufzubauen, wenn alle Menschen gleichgeschaltet wären. Aber damit die Demokratie leben kann, muss es gleiche Chancen für alle geben.

Sozialismus ist Enteignung

Ja und Nein, Sozialismus bedeutet das Ende des Privateigentums an Produktionsmitteln, also an großen Fabriken und Unternehmen von einigen wenigen (und nicht an Fernsehern, Autos und Schallplattensammlungen). Sozialismus bedeutet auch, dass die Masse der Bevölkerung endlich das erhält, was sie erarbeitet (hat) - sie erhält erstmals in der Menschheitsgeschichte die ganzen Früchte ihrer Arbeit.

Schon 1848 haben Marx und Engels das im Kommunistischen Manifest genau erklärt: "Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. (...) Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, dass es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. (...) Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht. Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter. (...) In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit. (...)

Ihr entsetzt euch darüber, dass wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, dass wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Worte vor, dass wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben. Ihr

gesteht also, dass ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden. Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen. Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein, denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. (Gemeint ist, dass die Kapitalistenklasse von der Arbeit der ArbeiterInnenklasse lebt, Anm.) Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, dass es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt."

Frage 9 • Rassismus & Sexismus

"Frauenunterdrückung und Rassismus hat es schon vor dem Kapitalismus gegeben und wird es auch nachher geben."

Die Spaltung innerhalb der unterdrückten Klasse durch die spezielle Diskriminierung einzelner Teile und die Verteilung von Privilegien an andere Teile, ist so alt wie die Klassengesellschaft selbst. Vor der Entstehung von Privateigentum waren alle Menschen gleichberechtigt. Die erste Form dieser Spaltung - die Unterdrückung von Frauen - entstand direkt mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Im Laufe der Geschichte kamen andere Formen der Diskriminierung hinzu: Religiöse Diskriminierung und Verfolgung eignete sich im Mittelalter nicht nur zur Begründung für Kriege, sondern auch zur Bekämpfung des "inneren Feindes". So wurden blutige Pogrome gegen JüdInnen regelmäßig von den Herrschenden als Ventil für gesellschaftliche Spannungen eingesetzt. Die pseudowissenschaftliche Begründung der "Ungleichheit der Rassen" - der Rassismus - wurde im 19. Jahrhundert entwickelt, um die koloniale Ausbeutung zu rechtfertigen. Der "moderne", "rassisch" begründete Antisemitismus entstand zur selben Zeit und knüpfte an das mittelalterliche Bild vom Juden als Fremdkörper in der Gesellschaft mit neuen, extremen Begriffen und Konsequenzen an.

Politisch wurden Frauenunterdrückung, Antisemitismus und Rassismus gleichermaßen seit damals auch als Waffe gegen die sozialistische Bewegung eingesetzt, die versuchte, die Spaltung der ArbeiterInnenklasse anhand geschlechtsspezifischer und rassistischer Linien zu bekämpfen. SozialistInnen haben die Aufgabe, diese Mechanismen zu erkennen und sie auf allen Ebenen zu bekämpfen.

Frauen sind im Kapitalismus benachteiligt, sie leisten weltweit den größten Teil der Arbeit, erhalten aber nur einen Bruchteil des Reichtums. Zu der Ausbeutung, der alle ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft ausgesetzt sind, kommt noch die Ausbeutung als Frau hinzu. Frauen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt und zusätzlich durch ihre Rolle in der Familie doppelt und dreifach belastet. Damit nicht genug sind viele Frauen Sexismus und Gewalt ausgesetzt. Die Frauenunterdrückung ist weder Randerscheinung noch Irrtum, sondern ein integraler Bestandteil von Klassengesellschaften. Sie ist notwendig für die billige Reproduktion der ArbeiterInnenklasse, um die Profitrate hochzuhalten. Nicht zufällig werden reaktionäre Frauenbilder in Zeiten sinkender Profitraten wieder her-

ausgekrant. Frauenunterdrückung ist auch als Spaltungsinstrument notwendig für die Machterhaltung der Kapitalisten. Wenn ein Arbeiter "seine" Frauen schlägt, dann setzt er bürgerliche Ideologie in die Praxis um und richtet seine Wut nicht gegen seine Gegner - die Kapitalisten, die ihn entlassen haben, ihm einen schlechten Lohn zahlen, ... - sondern gegen die Frau, die eigentlich seine Verbündete im Kampf gegen den Kapitalismus ist.

Ein weiteres Spaltungsinstrument ist der Rassismus. ImmigrantInnen werden Grundrechte verweigert, nur weil sie nicht die passende StaatsbürgerInnenenschaft haben. Und selbst wenn sie diese erlangen, bleiben sie für viele immer noch Menschen zweiter Klasse. Auch von dieser Spaltung profitieren die Kapitalisten. Werden ImmigrantInnen in die Illegalität gedrängt, sind sie wehrlos gegenüber den Ausbeutungsversuchen von Arbeitgeber und Vermieter.

Rassismus findet auf verschiedenen Ebenen statt: durch Nazis, die auf der Straße prügeln, die PolitikerInnen, die im Parlament Abschiebe-Gesetze machen, oder jene Polizei, die diese Gesetze ausführt. In Europa wurde das Asylrecht weitgehend abgeschafft. Verfolgung, Krieg und Elend sind für die bürgerliche Politik keine Gründe, um Menschen Schutz zu gewähren. Sogar asylsuchende Jugendliche werden in Gefängnisse gesteckt und brutal abgeschoben. ImmigrantInnen die hier bleiben sind mit ständigen rassistischen Polizeikontrollen konfrontiert, haben nur beschränkte Rechte am Arbeitsmarkt und haben als AsylbewerberInnen nicht einmal Bewegungsfreiheit.

Die Gewerkschaftsführer haben bisher im Kampf für die Rechte von ausländischen KollegInnen versagt. Anstatt den gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen gegen Rassismus und Sozialabbau zu organisieren, hören wir auch von GewerkschaftsführerInnen Aussagen für eine "Ausländerquote" auf dem Arbeitsmarkt, die dem Vorurteil Nahrung liefern, AusländerInnen seien für Arbeitslosigkeit verantwortlich. Genauso sind Frauen, obwohl sie in allen Kämpfen für Verbesserungen der ArbeiterInnenklasse eine wichtige Rolle gespielt haben, in den ArbeiterInnenorganisationen unterrepräsentiert. Auch hier ist der politische Kampf gegen die bürgerliche sexistische Ideologie in der eigenen Klasse notwendig.

Insbesondere junge Frauen sind bei vielen Bewegungen der letzten Jahre in der ersten Reihe gestanden. Und ImmigrantInnen der zweiten und dritten Generation treten zunehmend offen für ihre Rechte ein. Hier hat ein

enormer Politisierungsprozess stattgefunden. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung und Rassismus sind zentrale Fragen der ArbeiterInnenbewegung und Teil des Kampfes für Sozialismus. Es ist kein Kampf "Frauen gegen Männer" oder "In- gegen AusländerInnen" sondern ein Kampf "ArbeiterInnen gegen Kapitalisten". Jede Verbesserung für Frauen und ImmigrantInnen ist - ebenso wie jede andere Reform im Kapitalismus - begrüßenswert und der Kampf dafür wird von SozialistInnen unterstützt. Frauenunterdrückung bzw. Rassismus vollständig beseitigen können weder Frauen bzw. ImmigrantInnen allein, noch ist dies im Rahmen einer Klassengesellschaft möglich. Deshalb sind der Kampf für Frauenbefreiung und gleiche Rechte sowie der Kampf für Sozialismus untrennbar verbunden.

Mit der Abschaffung des Kapitalismus werden Frauenunterdrückung und Rassismus keineswegs automatisch verschwinden. Aber erstmals werden die Grundlagen dafür existieren, beides zu beseitigen. Durch die Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und der Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit fällt die Notwendigkeit für eine Spaltung der ArbeiterInnenklasse weg. Durch die Vergesellschaftung der unbezahlten Hausarbeit und das Recht auf einen anständig bezahlten Arbeitsplatz, wird der Ehe und Familie als Unterdrückungsinstrument die materielle Grundlage entzogen. Die Gesellschaft hat für ausreichende Kinderbetreuung, kommunale Wäschereien, Alten- und Krankenbetreuung zu sorgen und diese nicht, wie es der neoliberalen Ideologie entspricht, zu privatisieren. Im Gegensatz zum Kapitalismus wird es dadurch für Frauen tatsächlich möglich, den eigenen Lebensstil, frei von materieller Not, selbst zu bestimmen. Keine Frau muss bei "ihrem" Mann bleiben, weil sie es sich nicht leisten kann, allein zu leben. Und keinE ImmigrantIn kann als LohndruckerIn eingesetzt werden, weil es keine Illegalität und keine Schikanen für ImmigrantInnen mehr gibt. Die Geschlechterrollen und der Rassismus, die Jahrhunderte lang in die Köpfe der Menschen eingepflanzt worden sind, sind damit aber nicht automatisch verschwunden. Aber durch die Erfahrungen im gemeinsamen Kampf - denn Sozialismus kann nur gemeinsam von ArbeiterInnen und Jugendlichen beider Geschlechter und verschiedener Nationalitäten und Hautfarben erkämpft werden - werden bereits viele Vorurteile abgebaut. In einer sozialistischen Gesellschaft wird es aber neben der Garantie gleicher Möglichkeiten und Chancen und des Endes der Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen, auch Bewusstseinsarbeit geben müssen, um die Reste der alten Klassengesellschaft - und dazu gehören Frauenunterdrückung und Rassismus - aus den Köpfen zu beseitigen.

Frage 10 • Geringster Widerstand?

"Der Mensch geht immer den Weg des geringsten Widerstandes - Eurer ist viel zu mühsam, sonst gäbe es ja schon längst Sozialismus."

Der Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist so alt wie die Menschheit selbst. Der Mensch kann als Individuum auf sich allein gestellt nicht überleben. Er ist ein gesellschaftliches Wesen. Von der Urgesellschaft, über Sklaverei, Feudalismus und Kapitalismus war der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ausschlaggebend für den Übergang von einer historischen Stufe zur nächsten. Seit der Aneignung von Produktionsmittel durch eine Minderheit der Gesellschaft, teilt sich die Menschheit in eine AusbeuterInnenklasse und eine ausgebeutete Klasse. Die Geschichte der Menschheit ist seither die Geschichte von Klassenkämpfen. Dieser Kampf war gekennzeichnet von Aufständen der SklavInnen des Altertums, von großen Bauern/Bäuerinnen-Kriegen im Mittelalter, von bürgerlichen Revolutionen gegen den Adel in der Neuzeit. Die enorme Entwicklung der Produktivkraft im Kapitalismus hob die Menschheit erstmals in ihrer Geschichte auf die Stufe der Überflussproduktion und schuf damit die materiellen Voraussetzungen bzw. die Notwendigkeit der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber im Kapitalismus wurde diese Ausbeutung nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil perfektioniert. Wie schon in der Geschichte gibt es auch im Kapitalismus Klassenkämpfe. Das reicht vom Aufstand der schlesischen WeberInnen 1844 über die Pariser Kommune 1871, der Oktober-Revolution in Russland 1917 bis zum Generalstreik in Italien im Frühjahr 2002. Die ArbeiterInnenklasse hat sich in Gewerkschaften und Parteien organisiert, um für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch für den Sturz des Kapitalismus zu kämpfen. Aber trotz vieler Streiks, Aufstände und Revolutionen gibt es heute nirgends auf der Welt Sozialismus.

Leo Trotzki hat es 1938 im Übergangsprogramm so formuliert: "Alles Gerede, dass die geschichtlichen Bedingungen noch ‚nicht reif‘ seien für den Sozialismus, ist ein Erzeugnis von Unwissenheit oder bewusstem Betrug. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind nicht nur ‚reif‘, sondern beginnen bereits zu verfaulen. Ohne eine sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht der gesamten menschlichen

Kultur eine Katastrophe. Alles hängt nunmehr vom Proletariat ab, das heißt vor allem von seiner revolutionären Vorhut. Die geschichtliche Krise der Menschheit läuft auf die Krise der revolutionären Führung hinaus."

Die von Trotzki genannte Katastrophe trat mit dem 2. Weltkrieg ein. Seither gab es eine Reihe weiterer Möglichkeiten, den Kapitalismus zu stürzen. Wie schon in der Vergangenheit scheiterten diese, weil ihre Führung nicht bereit war, den letzten entscheidenden Schritt zu gehen und lieber auf Zusammenarbeit mit dem Kapital setzte. Beispiele dafür sind u.a. die Revolution in Portugal, die linke Regierung Allende in Chile, Frankreich 1968, Indonesien in den 60er Jahren.... Hunderttausende Menschen kämpfen für eine bessere Welt aber ihre reformistischen Führungen machten schreckliche Fehler - und viele mussten das mit ihrem Leben bezahlen (der Putsch Pinochets in Chile, der Putsch Suhartos in Indonesien).

Der Sturz des Kapitalismus ist Notwendig, damit die Menschheit eine Zukunft hat - sonst bedeutet das 3. Weltkrieg, Umweltkatastrophen, Seuchen etc. Leicht ist der Weg nicht. Rechte Populisten erhalten zur Zeit in Wahlen Stimmen, weil sie sich häufig als einzige Alternative zum verhassten Establishment präsentieren. Sie bieten einfache Antworten zur Lösung der Probleme, z.B. "Die Ausländer sind schuld". Aber wie die Regierungsarbeit dieser Parteien, z.B. der rechtsextremen FPÖ, zeigt, unterscheidet sich ihre Politik nicht wirklich, betreiben sie insbesondere denselben Neoliberalismus.

Die Stärke dieses Rechtspopulismus' ist die Schwäche der Linken. Daher ist der Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung und einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei von zentraler Bedeutung. SozialistInnen beteiligen sich an allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, an den "kleinen" gegen Arbeitsplatzabbau, ebenso wie an "großen" für nationale Befreiung z.B. in Palästina und gegen den globalen Kapitalismus. In diesen Kämpfen unterstützen wir jede noch so kleine Verbesserung, weisen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Gesellschaftsveränderung hin. Im Zuge des Kampfes wird es deutlich, dass die Unternehmer keine Bündnispartner sind, sondern zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten unüberbrückbare Gegensätze bestehen.

Der einfache Weg, den Kapitalismus zu reformieren, wird von der ArbeiterInnenklasse ausprobiert, aber der Widerstand der Kapitalisten macht früher oder später deutlich, dass der einfache Weg eine Sackgasse

ist. Die AktivistInnen in der globalen Protestbewegung müssen zunehmend die Erfahrung machen, dass ihre Appelle und guten Argumente mit brutaler Gewalt erwidert werden. Die ArbeiterInnen sehen sich gleichzeitig mit Rekordgewinnen der Unternehmer und sinkenden Löhnen konfrontiert.

Die Aufstände und Revolutionen der Vergangenheit sind am Fehlen oder Versagen der Führung gescheitert. SAV und SLP sind Mitglied im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, mit Sektionen und Gruppen auf allen Kontinenten. Unser Ziel ist der Aufbau einer sozialistischen Weltpartei zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Aber in den letzten Jahrzehnten hat die ArbeiterInnenbewegung eben wegen des Fehlens dieser Führung auch insgesamt eine Schwächung hinnehmen müssen. Es sind Illusionen in den Kapitalismus bzw. eine Perspektivlosigkeit entstanden, die den Kampf für die Verbreitung sozialistischer Ideen wieder notwendig machen. In vielen Ländern steht die ArbeiterInnenklasse nach der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie ohne eine Klassenpartei da. Neue ArbeiterInnenparteien müssen aufgebaut werden. RevolutionärInnen sehen sich daher einer doppelten Aufgabe gegenüber - dem Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung an sich und dem Aufbau der revolutionären Führung.

Es werden in der Zukunft wieder revolutionäre Situationen kommen - ob wir dann den Kapitalismus endgültig stürzen können hängt auch von Dir ab! Denn nicht der Mensch ist zu schlecht für den Sozialismus, sondern der Kapitalismus ist zu schlecht für den Menschen!

Die Sozialistische LinksPartei

Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein wesentlicher Teil der Bewegung zum Sturz der FPÖVP-Regierung. Wir waren aber auch schon in der Vergangenheit (damals noch als SOV), teilweise führend, an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, gegen Sozial- und Bildungsabbau, für Frauenrechte sowie bei SchülerInnenprotesten beteiligt und haben aktive internationale Solidarität, etwa gegen den NATO-Krieg, geleistet.

Für uns ist das Problem aber nicht nur die blau-schwarze Regierung, wir sehen die Wurzel der Übel im kapitalistischen System selbst. Dieses System bringt soziale Not, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg – überall auf der Welt. Deshalb kämpfen wir für eine internationale Systemalternative, einen neue Gesellschaft: den Sozialismus. Nur eine solche, demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft kann Frieden und Entwicklung zugunsten der gesamten Menschheit sichern. Das kapitalistische Profitsystem hingegen bringt nur einer winzigen Minderheit dauerhaft Wohlstand. Die stalinistischen Staaten der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Es gab zwar Planwirtschaft aber es fehlte völlig an der notwendigen Demokratie von unten!

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie vor allem für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist „anders“ – wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unsere Mitglieder und UnterstützerInnen. Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInneninternationale“ CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Die Sozialistische Linkspartei

Telefon: 01- 524 63 10
Fax: 01- 524 63 11
Mail: slp@slp.at
Web: www.slp.at
Post: Kaiserstraße 14-11, A-1070 Wien



Ja, ich will:

- 1 Vorwärts-Abo! (EUR 18/ Sozialpreis: EUR 10)
- regelmäßige Infos der SLP!
- Euch persönlich kennenlernen!
- Mitglied bei der SLP werden!

Marke bitte!

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Email: _____

An die

Sozialistische Linkspartei
Kaiserstraße 14/11
A-1070 Wien

Preis: 2.00 EUR